

Beschlussantrag

des Gemeinderates Thomas Weber und weiterer Gemeinderatsabgeordneter

betreffend Wiener Unterstützungsfonds für Kulturvereine und Einrichtungen

eingebraucht im Zuge der Debatte über Post Nr. 76 (Arbeitsstipendien und Beihilfen an Kulturschaffende und WissenschaftlerInnen) in der 68. Sitzung des Wiener Gemeinderats am 26.05.2020

Die Maßnahmen der Bundesregierung zur Eindämmung der Verbreitung des COVID19-Virus und die damit verbundenen Veranstaltungsverbote und Einschränkungen bedrohen den Fortbestand des Wiener Kunst- und Kulturbereichs. Für zahlreiche Kulturinitiativen kommen die derzeitigen Einschränkungen einem Totalausfall ihrer Einnahmen gleich. Der österreichweite kulturpolitische Reform- und Konzeptstau der letzten Jahrzehnte erhielt prekäre Arbeitsbedingungen für Kunst- und Kulturschaffende aufrecht, eine zu sparsame und willkürliche Förderungspolitik erschwerte für Kulturinitiativen den Aufbau von Rücklagen.

Demnach zeichnet eine Erhebung der IG Kultur ein besorgniserregendes Bild: Ab Mai erwartet ein Drittel der Kultureinrichtungen nur mehr eingeschränkt zahlungsfähig zu sein, ein weiteres Viertel zahlungsunfähig zu sein. Sollte das Veranstaltungsverbot bis Ende Juli gelten, so werden in Summe österreichweit knapp 11.000 Veranstaltungen ausfallen. Der befürchtete Schaden bis Ende Juli würde sich somit auf insgesamt 10,7 Millionen € belaufen.

Im Zuge der aktuellen Rücknahme von einschränkenden Maßnahmen, soll sich auch der Kulturbereich schrittweise normalisieren. Die Ausgestaltung der neuen Regeln bestätigt jedoch die Befürchtung, dass Kulturbetriebe, welche die ersten waren, die von den COVID19 Einschränkungen betroffen waren, nun wohl die Letzten sind, wenn es um die Rücknahme der Maßnahmen geht.

Dieser Tatsache zum Trotz wurden seitens der Bundesregierung und der Wiener Stadtregierung nur unzureichende Unterstützungsmöglichkeiten geschaffen. Die Wiener Stadtregierung hat dabei insbesondere auf jene Kulturvereine vergessen, die schon bisher keine Förderungen bekamen und sich aus eigenerwirtschafteten Umsätzen finanzierten.

Von der Bundesregierung wurde nach wochenlangem Zuwarten zwar im Rahmen des 20. COVID-19-Gesetz der Non-Profit-Organisationen-Unterstützungsfonds präsentiert, jedoch wird dieser in der aktuellen Ausgestaltung seinem eigenen Anspruch, nicht-gewinnorientierte Organisationen zu unterstützen, nicht gerecht, da lediglich Unterstützungsleistungen für gemeinnützige, kirchliche und mildtätige Rechtsträger vorgesehen sind, nicht aber für alle Non-Profit-Organisationen. Die inhaltlichen Kriterien für die „Gemeinnützigkeit“ werden zwar von den meisten Kulturvereinen erfüllt, häufig aber nicht die dazu notwendigen formalen Bedingungen. Schätzungen von Expert_innen zufolge würden daher voraussichtlich bis zu 90% der Vereine dadurch aus dem Non-Profit-Organisationen-Unterstützungsfonds ausgeschlossen.

Wenn hier nicht sofort gehandelt wird, riskieren wir den Fortbestand der freien Wiener Kulturszene. Deswegen fordere ich die Schaffung eines Wiener Unterstützungsfonds für Kulturvereine und Einrichtungen in der Höhe von zunächst 5 Millionen Euro. Dabei sollen Kulturvereine, die aufgrund des Veranstaltungsverbots Einbußen erleiden, schnelle und unbürokratische Hilfe erhalten.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG

Der Wiener Gemeinderat spricht sich für die Schaffung des Wiener Unterstützungsfonds für Kulturvereine und Einrichtungen aus. Die zuständige Stadträtin Veronica Kaup-Hasler soll umgehend alle notwendigen Vorbereitungen treffen, um einen Unterstützungsfonds einzurichten. Dieser Fonds soll mit zumindest mit 5.000.000 EUR dotiert sein. Bei Mehrbedarf bzw. bei längerfristigem Veranstaltungsverbot soll er auch aufgestockt werden können.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 25.05.2020